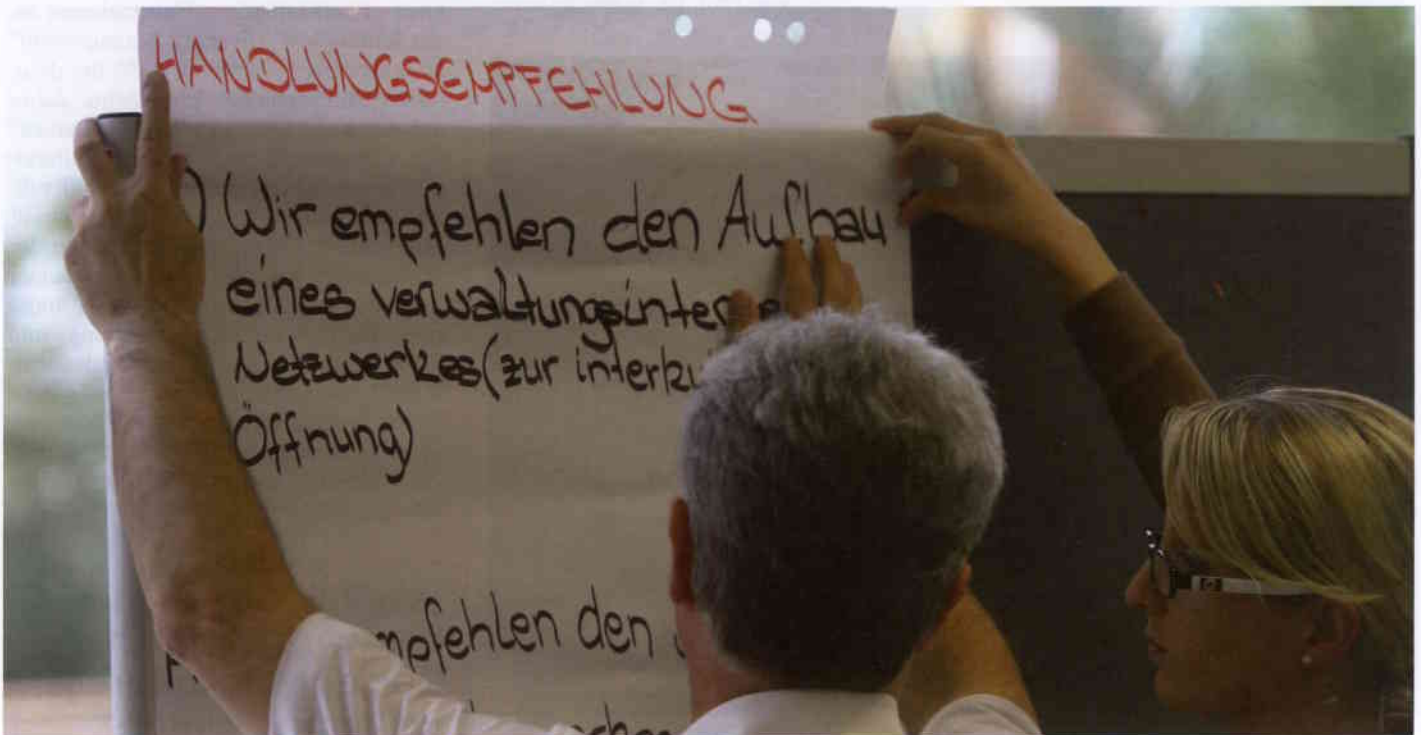


AUS DER PRAXIS

Stadt Herne Handlungsempfehlungen auf Initiative des Stadtrats

Von Dieter Müller



Integration von Migrantinnen und Migranten ist eine der vorrangigen Zukunftsaufgaben in Herne, die als Querschnittsaufgabe innerhalb der Stadtverwaltung verstanden wird. Dazu sind auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund notwendig. Es wäre wünschenswert, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung zu haben, sicherlich müssen dabei die normalen Qualitätsstandards gelten“, so Gudrun Thierhoff, Kulturdezernentin in Herne, einer Stadt mit 165.000 Einwohnern mitten im Ruhrgebiet. Natürlich weiß auch sie, dass andere Städte die Integration ihrer Zuwanderer fördern, aber trotzdem ist die Situation von Ort zu Ort jedes Mal verschieden. Was aber bei allen gemeinsam ist: Die Mitarbeiter müssen sensibilisiert und mitgenommen werden.

Nachdem auch der Rat der Stadt Herne in seinen „Leitlinien für die Integrationsarbeit in Herne“ das Handlungsfeld „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ als zentralen Baustein für die weitere Integrationsarbeit in Herne festgelegt

hat, wurde das Thema konsequent angegangen. „Was müssen wir dafür nach innen tun? Sind unsere bisherigen Strukturen dafür überhaupt geeignet? Wie erreichen wir die Zielgruppe und welche Zugangswege können wir Migrantinnen und Migranten aufzeigen?“ Fragen, die die Kulturdezernentin bewegten und nicht so einfach zu lösen waren. Folglich wurde eine Projektgruppe mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen Ressorts installiert. In mehreren Sitzungen wurde nach Lösungen gesucht. Dr. Mohammad Heidari, ein gebürtiger Iraner, als Moderator freute sich über die Spontaneität und Aufgeschlossenheit der Teilnehmer.

Zehn Handlungsempfehlungen waren schließlich das Ergebnis dieser Gemeinschaftsarbeit. Dazu gehören u.a.: Aufbau von verwaltungsinternen sowie externen Netzwerken, Optimierung und stärkere Verzahnung der Sprach- und Bildungsförderung, Förderung des Selbsthilfepotenzials zur besseren Partizipation, Unterstützung von Maßnahmen, die Separation und Gettoisierung verhindern, Einbin-

dung des Kriteriums interkulturelle Kompetenz in Grundlagenkonzepten.

Zudem will man die interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung insgesamt stärken sowie den quantitativen und qualitativen Personaleinsatz den kundenspezifischen Anforderungen anpassen. Diese Empfehlungen werden nun dem Stadtrat zugeleitet. Bei Zustimmung soll mit ihrer Umsetzung 2008 begonnen werden. Claudia Bolle, die Projektleiterin, zeigte sich über den Erfolg sehr optimistisch.



Dr. Mohammad Heidari, Moderator, und Claudia Bolle, Projektleiterin